

Protokoll Nr. 14 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 08.08.2024 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 22:00 Uhr Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Armin Willkomm

Vom Beirat

Susanne Alm
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Heinz-Hermann Hoffhenke
Hans-Peter Hölscher
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Mine Müller
Berfin Ataç
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Mareen Heppner, Lars Lemke (Büro BPW Bremen, Bauleitplanung) zu TOP 3
Marek Schreckenber (Büro ASP Bremen, Verkehrskonzept) zu TOP 3
Viktor Stripling und Andreas Uelhoff (Investor Quell RE)
Torsten Kaal und Claudia Schulze (SBMS) zu TOP 4
Torsten Kaal und Miryam Blobel (SBMS) zu TOP 5
Renate Raschen (SKB zu Rahmensetzungen der politischen Bildung)
Xenia Köstergarten (SKB)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2024, der
Planungskonferenz Bildung vom 18.06.2024 sowie Rückmeldungen**

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

**TOP 3: Vorstellung des Bebauungsplans für das ehemalige Coca-Cola Gelände – BP
2517A**

dazu eingeladen: Vertreter:innen der Senatorin für Bau, Mobilität und
Stadtentwicklung

**TOP 4: Zukünftige Entwicklung des Könecke-Geländes nach der Insolvenz der
Wohninvest**

dazu eingeladen: Miteigner Strand und Kastens, Vertreter:innen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

TOP 5: Weitere Planungen für das Gelände der alten Süßwarenfabrik (real) Sebaldsbrück

dazu eingeladen: Vertreter:innen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

TOP 6: Interkulturelle und interreligiöse Bildung an allgemeinbildenden Schulen sowie politische Bildung

dazu eingeladen: Vertreter:innen der Senatorin für Kinder- und Bildung

TOP 7: Beiratsverschiedenes

- Nachwahl Seniorenbeirat
- Globalmittelvergaben

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Da zum mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche geäußert werden, wird dieser als Tagesordnung beschlossen.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2024, der Planungskonferenz Bildung am 18.06.2024 sowie Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 13.06.2024 wird genehmigt.

Das Protokoll der Planungskonferenz vom 18.06.2024 wird genehmigt.

Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse

Zum Beschluss „Aufstockung Aufsuchende Altenarbeit“:

Lieber Herr Hermening, liebe Beiratsmitglieder,

vielen Dank für die Zusendung des Beschlusses und das Interesse des Beirats an dem Projekt Aufsuchende Altenarbeit.

Auch wir teilen die Einschätzung, dass in Hemelingen – gerade auch rund um die Bahnhofsstraße – möglicherweise ältere Menschen weiteren Unterstützungsbedarf haben.

Die aufsuchenden Angebote werden derzeit insgesamt hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung überprüft. Das Fachreferat ist hierzu auch in laufenden Gesprächen mit den kooperierenden Trägern. Für eine Ausweitung und den damit erhöhten

Mittelbedarf besteht angesichts der aktuellen Haushaltslage wenig Spielraum, sodass derzeit – wie in allen Bereichen – geprüft wird, ob der Einsatz der bestehenden Mittel noch wirksamer besser gestaltet werden kann.

Wir bleiben hierzu weiterhin im Austausch mit der aufsuchenden Altenarbeit in Bremen und gerne auch mit Ihnen. Gerade das Projekt im Quartierszentrum Mobile schätzen wir als sehr gelungen ein und beziehen dies in unsere Überlegungen mit ein.

Schöne Grüße Petra Kodré

Zum Beschluss „Informationen zur Wahl mehrsprachig anbieten“:

Sehr geehrter Herr Hermening,

ich danke Ihnen für Ihre E-Mail vom 24. Juni 2024, mit der Sie mir mitgeteilt haben, dass der Beirat Hemelingen in seiner Sitzung vom 4. April 2024 beschlossen hat, den

Landeswahlleiter aufzufordern „bei zukünftigen Wahlen die Wahlzettel und die Wahlinformationen in den in Bremen verbreitetsten Sprachen zu Verfügung zu stellen.“

Gerne nehme ich dazu wie folgt Stellung:

Für die vergangene Europawahl sowie die anstehende Bundestagswahl wird der Rechtsrahmen allein durch den Bund bzw. durch europarechtliche Vorgaben gesetzt.

Bei der Europawahl 2024 waren auf der Homepage des insoweit für die Wahldurchführung verantwortlichen Bundesministeriums des Innern und für Heimat in allen Amtssprachen der EU Informationen zur Wahlteilnahme abrufbar. In Bremen wurden bei der diesjährigen Europawahl zudem an die Unionsbürger:innen Informationsdokumente versandt, die mit einem QR-Code versehen waren, der sie zu einer Seite der Bundeswahlleiterin in „ihrer“ Sprache geführt hat. Zusätzlich dazu standen Übersetzungen des „Antrages auf Eintragung in das Wählerverzeichnis“ in Bremen verbreiteten europäischen Sprachen zur Verfügung.

Bei den kommenden Bundestagswahlen sind hingegen ausschließlich deutsche Staatsangehörige wahlberechtigt. Bundesgesetzlich ist insoweit vorgegeben, dass die Stimmzettel und Wahlinformationen in Deutsch als Amtssprache erfolgen. Eine zusätzliche Fassung in Fremdsprachen hat der Bundesgesetzgeber insoweit nicht vorgesehen. Ich habe den Landeswahlleiter aber gebeten, bei der Bundeswahlleiterin anzufragen und eine Länderabfrage anzuregen, ob und wie dort für die Bundestagswahlen gleichwohl Zugangsmöglichkeiten zu Informationen in Fremdsprachen – namentlich QR-Codes zu Informationen in den sechs meist gesprochenen Fremdsprachen – geplant werden.

Aus Gründen der formellen Wahlrechtsgleichheit müssen die Wahlbehörden allerdings bei sämtlichen Wahlen – auf Europa- und Bundesebene sowie bei den bremischen Wahlen – alle Wahlberechtigten gleichbehandeln.

*Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung*

Bull

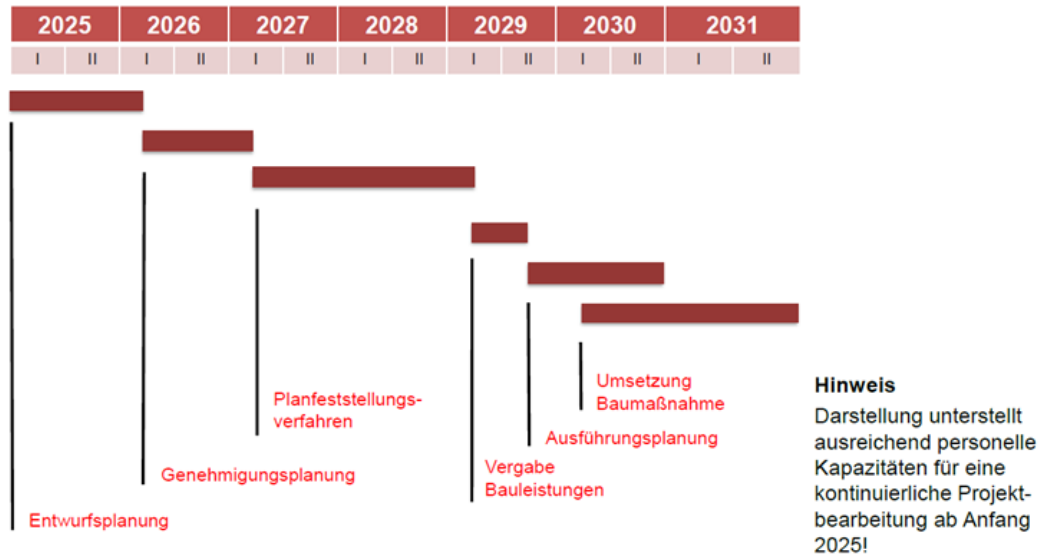
Hierzu Nachfrage in 4-6 Wochen

Zum Beschluss „Korbinselbrücke“:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns den o.g. Beschluss vom 16.05.2024 mit Mail vom 24.06.2024 übermittelt. Zu den einzelnen Punkten des Beschlusses nehmen wir wie folgt Stellung:

Der Beirat Hemelingen fordert kurzfristig einen aktualisierten Zeitplan zum Bau der Korbinselbrücke und dass das Planfeststellungsverfahren endlich eingeleitet wird. Des Weiteren fordert der Beirat die SBMS auf, die Bundesfördermittel frühzeitig zu sichern.



Der dargestellte Zeitplan ist abhängig von einer ausreichenden personellen Ausstattung der Brückenbauabteilung zur weiteren Bearbeitung ab Anfang 2025.

Das Planfeststellungsverfahren kann erst eingeleitet werden, wenn die zugehörige Entwurfs- und Genehmigungsplanung abgeschlossen ist.

SBMS und das ASV sind in Verhandlungen mit dem Fördermittelgeber und dem BMDV, um die im vorläufigen Bewilligungsbescheid zugesagten Fördermittel Bund, entsprechend den Verschiebungen im Zeitplan, zu sichern.

Die Behörden werden aufgefordert die erforderlichen Fachkräfte (für den Brückenbau) zeitnah einzustellen.

Das ASV versucht bereits seit ca. 3 Jahren Fachkräfte für den Bereich Brückenbau (hier: Statik und Entwurf) einzustellen. Mehrere Stellen, davon teils zusätzliche Stellen, wurden ausgeschrieben und mit Hilfe von Headhuntern am Markt platziert. Ebenso wurden Stellenausschreibungen in verschiedenen Medien, regional und bundesweit, platziert. Bisher ohne Erfolg. Das ASV ist hierbei an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder gebunden. Im Vergleich zu den umliegenden Kommunen und den kommunalen Eigenbetrieben der Stadt Bremen - für die der TVöD gilt - aber auch den Senatorischen Dienststellen und der freien Wirtschaft, hat das ASV einen Wettbewerbsnachteil. Dieser Nachteil erschwert die Nach- und Neubesetzung von Stellen im ohnehin schon durch den Fachkräftemangel stark geprägten Markt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
Gez. Mathias Müller

Rückmeldungen auf Anliegen von Bürger:innen

Zum Radweg Föhrenstraße / Alter Postweg:
Wird in den weiteren Planungen zur Radpremiumroute noch überarbeitet

Radpremiumroute Diedrich-Wilkens-Straße / Gärtnerstr. Wird in der nächsten Phase mit Beteiligung des Beirates und der Öffentlichkeit noch geplant.

Zur Kirchnerstraße / Querung Christernstraße:

Das Ortsamt hat sich das vor Ort angesehen, die Entfernung bis zur Fußgängerampel Glockenstraße beträgt 60 Meter, das ist als Umweg zumutbar.

Entsiegelung Schlengplatz:

Dann wäre dort auch zukünftig kein Marktstand mehr möglich, wenn es wieder mehr Interessenten geben sollte. Das Thema Entsiegelungen wird aber im zuständigen Fachausschuss Umwelt regelmäßig aufgerufen, der Beirat hat auch Flächen zur Entsiegelung vorgeschlagen.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Bürger:in: Die angekündigten Nachpflanzungen in der Westerholzstraße sind nach drei Jahren noch immer nicht erfolgt.

AW Dennhardt: Der Topf für Neupflanzungen begünstigt leider keine Nachpflanzungen in Hemelingen.

AW Hermening: Aktuell gibt es zwischen dem UBB und dem Baustellenbetreiber einen Rechtsstreit. Entsprechend kann derzeit noch keine zeitliche Prognose getroffen werden.

Bürger:in: Die Schaltkästen an der Schule Glockenstraße Übergang Christernstraße sollten umgesetzt werden. In Kombination mit dem eingeschränkten Parkverbot sind problematisch. Wenn dort große Autos parken ist die Sicht stark eingeschränkt und es kommt zu gefährlichen Situationen für Kinder.

AW Hermening: Die Kirche hat eine Versetzung an Ihre Hauswand abgelehnt. Ansonsten gibt es leider keine Alternativen für den Standort in der Nähe, die mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umzusetzen sind. Ein Schaltkasten wurde versetzt, die Sicht ist verbessert worden.

AW Dennhardt: Das Problem mit den Transportern gibt es dort durchaus. Das Ordnungsamt stellt nicht die notwendige Präsenz. Das Thema sollte in den Mobilitätsausschuss mitgenommen werden.

Bürger:in: Bezüglich der finanziellen Notlage in den Jobcentern: Gibt es Informationen zum Umgang mit der Situation?

AW Hermening: Hierzu gibt es eine Sondersitzung des Beirats Hemelingen am 19.08.2024 mit Vertreter:innen des Jobcenters, des Sozialressorts und des Arbeitsressorts.

Bürger:in: Problematische Situation bezüglich des Linksabbiegers vor dem Tunnel bei der Dekra (Schlengstraße/Hannoversche Straße). Das war bereits 2009 Thema und die Gewoba (damals Sanierungsträgerin und Planerin für die Umgestaltung) und das ASV wurden sich über die Zuständigkeit nicht einig.

AW Dennhardt: Das Thema sollte ebenfalls mit in den Mobilitätsausschuss genommen werden.

TOP 3: Vorstellung des Bebauungsplans für das ehemalige Coca-Cola Gelände – BP 2517A

Anhörung zum Bebauungsplan 2517 A (Pläne liegen im Ortsamt aus):

für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Hemelinger Bahnhofstraße, Zum Sebaldsbrücker Bahnhof, Hastedter Heerstraße, Bahnstrecke Bremen – Bassum und Brauerstraße, Teilbereich A (Bearbeitungsstand: 29.04.2024)

Das Verfahren wird im Regelverfahren nach den Vorschriften des Baugesetzbuches durchgeführt.

Sie [der Beirat] werden gebeten, bis zum 26. August 2024

- 1. sich zu dem hier übersandten Planentwurf gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu äußern;*
- 2. mir Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gebietes bedeutsam sein können (§ 4 Abs. 2 Satz 3 BauGB);*
- 3. mir für den Fall, dass Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, diese Informationen zur Verfügung zu stellen.*

Es folgt eine Präsentation von BPW Stadtplanung

(siehe Anlage 1)

Fragen/Diskussion:

Dr. Kornek: Wann geht es los, wie lange dauern die Bauarbeiten und wie viele Wohneinheiten gibt es?

AW Schulze: Geplant sind 240 Wohneinheiten. Der Bebauungsplan soll bis Ende des Jahres rechtskräftig sein. Dann folgen die Bauanträge und dann geht es los. Pro Bauabschnitt wird die Bauphase ca. eineinhalb Jahre dauern, bei insgesamt drei Bauabschnitten also voraussichtlich viereinhalb Jahre.

Zwilling: Im Bebauungsplan ist sehr kleinteilig dargestellt wo welche Art von Gewerbe entstehen soll. Gibt es überhaupt entsprechende Bedarfe/Interessent:innen?

AW Schulze: Das ist im BPlan nicht so detailliert festgesetzt. Festgesetzt ist ein urbanes Gebiet. Viktor Stripling und Andreas Uelhoff (Investor Quell RE) haben bereits Gespräche geführt. Das einzige was verbindlich im Bebauungsplan festgesetzt wird ist der „Vollsortimenter“.

Zwilling: Es wird ein neuer Platz geschaffen. Dieser sollte unbedingt begrünt werden. Das schließt eine Marktnutzung nicht aus. Hemelingen kann eine Aufwertung unbedingt gebrauchen. Auf dem Platz könnte eine Aufwertung z.B. durch einen Springbrunnen oder ähnliches herbeigeführt werden.

AW Schulze: Dass die Herstellung eines Klimaplatzes erstrebenswert ist, wurde hier ja bereits einmal festgestellt. Die Gestaltungsplanung ist aber noch nicht erfolgt. Dabei wird der Beirat dann aber auch erneut beteiligt und gemeinsam geschaut wie man die Wettbewerbsergebnisse am besten umsetzen kann.

Laß: Sind auch Wohneinheiten für Familien vorgesehen? Wie viele Zimmer werden Wohnungen haben?

AW Stripling: Es gibt verschiedene Wohneinheiten. Darunter auch größere. Konkrete Antwort ist ad hoc nicht möglich.

AW Schulze: Die Kolleg:innen vom geförderten Wohnungsbau prüfen die Bedarfe und geben entsprechende Auflagen.

Ataç: Frage zu Folie 11 der Präsentation – ist auf der Quartiersfläche eine Ampel vorgesehen?

AW Schulze: Eine Ampel ist dort nicht geplant. Es hat ein Verkehrsgutachten gegeben welches beide Flächen betrachtet hat. Die Quartiere wurden dann auch noch einmal unabhängig voneinander betrachtet. PKW-Verkehr soll aus der Mitte des Quartiers herausgehalten werden (Konzept mit Tiefgaragen).

Bohr: Der Bebauungsplan sieht im urbanen Feld ein sechsgeschossiges Gebäude plus Staffelgeschoss vor. Das war im Vorfeld so nicht geplant.

AW Lemke: Die Sechsgeschossigkeit an der Bahn dient zur Abschirmung des Gebiets. Im Zentrum gibt es ein sechsgeschossiges Gebäude mit einem zusätzlichen Staffelgeschoss, das zur Herstellung einer Urbanen Situation an dem Platz dient.

Rückfrage Bohr: Hohe Gebäude sorgen oft für einen Windkanal-Effekt. Wie ist die Aufenthaltsqualität durch die Gebäudehöhen zu beurteilen? Hohe Gebäude an der Bahnstrecke sind nachvollziehbar, die am Quartiersplatz aber nicht. Wirtschaftliche

Gründe dürfen nicht vor Aufenthaltsqualität gehen. Gibt es Visualisierungen wie sich die Gebäude dort einfügen?

AW Lemke: Hochpunkte prägen eine Platzsituationen. Zudem ist es in städtischen Räumen notwendig, um den Wohnraum abzudecken. Das ist kein wirtschaftliches, sondern ein städtebauliches Interesse, dass sich nicht negativ auf die Aufenthaltsqualität auswirkt. Windeffekt wurde nicht untersucht, aber wir reden auch nicht von einem Hochhaus.

AW Schulze: Die im März hier im Beirat vorgestellte Ansicht beinhaltet eine Visualisierung des Quartiersplatzes. Die Gebäudehöhen sind abhängig von der Deckenhöhe in den Wohnungen, hat also auch eine Relevanz für die Wohnqualität. Der Wettbewerb wird auch eine Fassadengestaltung enthalten und auch hier besprochen wird.

Bohr: Die Bauzeit beträgt voraussichtlich viereinhalb Jahre. Wann soll es losgehen? Wann ist mit einer Fertigstellung zu rechnen? Wie stabil steht das Projekt auf den Beinen?

AW Stripling: Wir würden gerne so schnell wie möglich loslegen – wir sind bereit. Um Bauzeiten konkret darzustellen, muss noch weiter geplant werden. Zunächst war alles auf einmal vorgesehen – insgesamt wird es aber je nach Stückelung vier bis fünf Jahre dauern.

Bohr: Die Bank wird nicht kommen – alle anderen Banken haben sich auch zurückgezogen. Was fehlt ist ein Ärztehaus/Ärztzentrum. Das ist auch Wunsch des Beirates und der Gesundheitssenatorin.

AW Stripling: Die Bedarfe wurden abgefragt und entsprechend berücksichtigt. Festgesetzt sind die Vorschläge zur Nutzung nicht, aber entsprechende Gespräche werden geführt. Auch Ärzte sind denkbar.

Bohr: Ein Lärmgutachten wurde erstellt. Wie passt geförderter Wohnraum über dem Einzelhandel dazu? Ist das verträglich mit der Wohnnutzung? Werden die Sozialwohnungen benachteiligt?

AW Schulze: Der Bahnlärm beeinträchtigt einige Wohnungen. Diese sind aber nur für Wohnen auf Zeit (Boardinghaus o.ä.) vorgesehen. Beim Seniorenwohnen ist Wohnen nur zur von der Bahnstrecke abgewandten Seite geplant. Auch der Emissionsschutz ggü. Elektromog wurde berücksichtigt. Für Wohnen im Kerngebiet gibt es klare Auflagen die eingehalten werden (nachts unter 30 Dezibel). Zudem darf nachts auch nicht angeliefert werden – es gibt einen Anlieferbereich an der Planstraße A, um den Wohnblock entsprechend zu schützen.

Bohr: Welche Auswirkungen hat die Wohninvestpleite?

AW Uelhoff: Wohninvest interessiert uns gar nicht. Uns gehört die Gesellschaft. Wohninvest hat nur einen kleinen Restanteil aus grundsteuerlichen Gründen. Wohninvest wird das nicht entwickeln. Wir sehen uns grundsätzlich als sehr ortsgebunden in Bremen – wir bleiben.

Tebje: Thema: Schwammstadt und Entsiegelung. Wieviel Fläche auf dem Gebiet erfährt denn eine Entsiegelung durch die Maßnahme? Wie sieht es mit Dachbegrünungen und Photovoltaik aus?

AW Lemke: Es gibt ein Grünordnungskonzept und ein Entwässerungskonzept. Zur öffentlichen Auslegung muss das Entwässerungskonzept geprüft werden. Nach dem Konzept wird geschaut, wie viel Dachfläche begrünt werden kann – ein Teil des Wassers muss aber auch in den Kanal gehen. Grundsätzlich erlauben urbane Gebiete eine Versiegelung von 0,8, also 80%. Diese werden auch fast, aber nicht ganz ausgeschöpft. Es bleibt ein urbanes Gebiet, das lässt sich nicht wegdiskutieren. AW Stripling: Das gesamte Gebiet wird über Fernwärme versorgt.

Tebje: Was kann von dem Abbruchmaterial noch genutzt werden?

AW Schulze: Teile des Materials vom Abbruch werden in den Fundamenten wiederverwertet. Andere Teile der Hallen wurden bereits eingelagert und sollen nach Möglichkeit beim Neubau wiederverwendet werden.

Dennhardt: Es gibt ein Kreditinstitut, das noch Filialen hat und dieses hat seines Erachtens noch auch Interesse am neuen Standort vertreten zu sein? Zudem braucht es dringend mehr Ärzte im Stadtteil.

AW Hermening: Es gibt Planungen für Stadtteilfilialen der Sparkasse in Mahndorf und in Hastedt. Dass eine dritte Stadtteilfiliale kommt ist unwahrscheinlich. Herr Hasemann [Weser Kurier] hat dazu auch schon was geschrieben.

Dennhardt: Wie wird sichergestellt, dass der Supermarkt zur Belebung des Quartiersplatzes beiträgt?

AW Heppner: Die Straßen um den Quartiersplatz sollen nur zur Anlieferung dienen. Hier wird es keinen PKW-Verkehr geben.

Rückfrage Dennhardt: Kann man im Bebauungsplan festlegen wie der Supermarkt erschlossen werden soll und dass es einen Eingang am Quartiersplatz geben soll?

AW Heppner: Das wird nicht im Bebauungsplan festgelegt, aber das ist freilich sinnvoll und es wird bestimmt auch einen Eingang zum Quartiersplatz geben.

Dennhardt: Das Mobilitätshaus ist prädestiniert als Schutzwall zum Bahnlärm.

AW Heppner: Das Mobilitätshaus ist ein zweistöckiges Gebäude, wird von verschiedenen Straßen erschlossen.

Alm: Stichwort Schwammstadt: Wie steht es um die Wasseraufnahmekapazität?

AW: *siehe oben (AW Lemke auf Tebje)*

Alm: Wie viele Parkplätze werden angeboten? Der Bahnhof soll ausgebaut werden und Entlastung bringen, aber es ist unsicher wann das realisiert wird. Es gibt jetzt schon einen relativ hohen Parkdruck in dem Gebiet. Wird das alles berücksichtigt?

AW Heppner: Das Mobilitätshaus bietet ca. 340 Stellplätze und 800 Fahrradstellplätze.

Rednerinnenliste zu diesem Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen geschlossen

Zwilling: Anlieferung über Tunnel als Anregung.

Hölscher: Ob ein Ärztehaus oder Bank kommt, darüber brauchen wir nicht streiten. Es ist vielmehr positiv hervorzuheben, dass es jetzt endlich mit der gesetzlichen Beteiligung der Gremien losgeht. Das war ein guter Auftakt und wir wissen endlich in welche Richtung es gehen soll.

Biegemann: Können sie bereits sagen wann mit dem Bunkerabriss zu rechnen ist? Das ist ja eine sehr aufreibende Zeit für die Nachbarschaft. Ansonsten Danke für die Ausführungen.

AW Stripling: Diesbezüglich gibt es große Probleme mit der Abrissfirma. Trotz dadurch entstehender Mehrkosten haben wir die Zusammenarbeit beendet – wir waren mit der Arbeit die geleistet wurde auch nicht zufrieden. Der Auftrag wird neu ausgeschrieben und es wird sich ein neuer Unternehmer finden. Entsprechend kann derzeit aber noch keine Prognose gegeben werden ob das in zwei Monaten oder in einem halben Jahr losgeht. Einige Elemente müssen auch fachmännisch entsorgt werden.

Müller: Das optisches Erscheinungsbild steht bei ihr im Fokus. Die Architektur der Hemelinger Bahnhofstraße ist prägnant für den Stadtteil. Wird es Elemente aus der Architektur die man dann wiedererkennen kann geben? Kann man hierfür vielleicht auch die erwähnten eingelagerten Baumaterialien vom Abbruch nutzen?

AW Stripling: Mit dem Architekturbüro wurde ein Plan entwickelt Bauelemente mit wiedererkennungswert wiederholt einzusetzen. Von den alten Materialien wird für die Fassadengestaltung jedoch nichts eingebunden werden können.

Tebje: Möchte sich für die Ausführungen bedanken. Vieles ist auf dem Weg zur Realisierung. Widerspricht der Geschosshöhenbedenken von Herrn Bohr, das ist aus ökologischen und Stadtentwicklungsaspekten notwendig. Gibt es auch Bestrebungen Holz als Baustoff mit zu nutzen?

AW Stripling: Das wurde diskutiert. Aber soweit ist man in der Ausgestaltung noch nicht.

Stellungnahme:

Hermening: Möchte der Beirat die Ausgestaltung der Stellungnahme an den Fachausschuss für Stadtteilentwicklung verweisen oder heute abschließend das Thema behandeln?

AW Kornek: Das kann auch jetzt passieren. Er fühlt sich ausreichend informiert.
AW Bohr: Der ausliegende Plan kann doch kaum bereits von allen Beiratsmitgliedern schon genau durchgesehen worden sein. Diese Gelegenheit sollte man wahrnehmen.
AW Kornek: CDU ist bereit für Entscheidung.

- Abstimmung über Zuweisung in den Fachausschuss zur inhaltlichen Positionierung in der Stellungnahme.

Stellungnahme: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 4: Zukünftige Entwicklung des Könecke-Geländes nach der Insolvenz der Wohninvest

Information durch Torsten Kaal:

Einsetzung eines vorläufigen Insolvenzverwalters wurde im Frühjahr veranlasst. Zunächst wird die Erfolgsaussicht des Insolvenzverfahrens geprüft. Im Juni wurde das Verfahren offiziell eröffnet. Es handelt sich um eine Unterfirma einer Holding. Wie sich die Insolvenz durchschlägt auf die Unterfirma der Wohninvest für das Hemelinger Gelände, kann noch nicht beurteilt werden. Diese Gesellschaft ist auch nur zu zwei Dritteln in Besitz der Wohninvest. Das übrige Drittel ist in Besitz zweier anderer Entwickler, die beide noch darüber nachdenken ob sie alleine weitermachen werden. Wahrscheinlich wird es aber einen Verkauf von Gesellschaftsanteilen geben und erstmal nicht den Verkauf des Grundstücks. Ob es Bestrebungen gibt, das Projekt fortzuführen, kann also noch nicht beantwortet werden.

Ergänzung Hermening: Er hat mit Herrn Kastens gesprochen. Dieser ist mit anderen Investoren im Gespräch. Das Projekt ist nur in Zusammenhang mit dem Schulcampus wirtschaftlich zu realisieren – und das ist eine politische Entscheidung.

Fragen/Diskussion:

Bohr: Die Stadt hatte bisher keine Handhabe. Das war ein privatwirtschaftlicher Verkauf. Hat die Stadt aber nicht jetzt erneut die Möglichkeit das Vorkaufsrecht zu ziehen und das Gebiet weiter zu veräußern an einen Eigentümer der vertrauenswürdig ist? Als langfristige Entwicklungsgelegenheit mit niedrigerem Renditedruck. Denkt das Ressort denn darüber nach? Das Vorkaufsortsgesetz ist ja im Interesse des Beirats.

Tebje: Die Linke würde sich wünschen, dass die Stadt hier mit in die Entwicklung einsteigt. Können wir das mit Brebau und Gewoba angehen? Eine entsprechende Stadtentwicklungsgesellschaft wurde ja gegründet – die könnte hier einsteigen, um eine Hängepartie in der Entwicklung zu vermeiden.

Dennhardt: Dem Beirat ist wichtig, dass es bei der Entwicklung des Brauerviertels vorangeht. Das Vorkaufsrecht ist als Instrument für die Stadtteilentwicklung wichtig. Das Bauressort sollte sich dieser Instrumente bedienen – wenn auch nicht preistreibend.

RF Kornek: Was sind die Pläne des Senats, damit das Projekt vorangeht.

AW Kaal: Er ist nicht der richtige Ansprechpartner. Die Beteiligungsgesellschaft ist nicht insolvent, sondern die Holding. Der Käufer hat die Möglichkeit eine Abwendungsverfügung anzustreben, wenn die Ziele der Stadt entsprechend umgesetzt werden sollen. Das Vorkaufsrecht greift eigentlich nur, wenn sich die Entwicklungsziele des Käufers von denen der Stadt unterscheiden. Wer am Ende das Gebiet kauft ist unklar. Der Berufsschulcampus würde das Verfahren durchaus verändern.

AW Hermening: Drei Bremer Beiräte haben sich für die Entwicklung des Berufsschulcampus an dieser Stelle eingesetzt. Das kann gerne politisch mitgenommen werden.

Tebje: Die Situation eröffnet die Möglichkeit den städtischen Zielen nachzukommen und noch mehr für die Zivilgesellschaft zu tun.

Bohr: Ein Insolvenzverwalter muss Geld machen solange es geht, um Gläubiger zu befriedigen und dann wird er auch die besagten zwei Drittel veräußern müssen. Es muss

intensiv geprüft werden, wie Bremen einen Fuß in die Tür bekommt, um gestalten zu können.

Rednerinnenliste zu diesem Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen geschlossen

Vorschlag Bohr: Beschlussfassung dazu, dass die Stadt Bremen sich dafür einsetzen soll das Gelände zu erwerben.

→ Wird zurückgezogen und in den Fachausschuss für Stadtteilentwicklung verwiesen.

TOP 5: Weitere Planungen für das Gelände der alten Süßwarenfabrik Real Sebaldsbrück

Präsentation von SBMS zum Bürgerbeteiligungsprozess via DIPAS
(siehe Anlage 2)

Fragen/Diskussion:

Blobel: Zusätzlich zum DIPAS (Digitales Partizipationssystem) soll es ein Jugendbeteiligungsformat geben. Sie möchte hier gerne besprechen wo und wie man dieses Verfahren im Stadtteil bewerben kann.

AW Ataç: Bedankt sich für den Vortrag. Vorschlag sich an Abiturienten von Schulen zu wenden – Yunas Kaya aus dem Beirat kann man dazu bestimmt auch ansprechen.

AW Dennhardt: Oberschule, Grundschule, Kleingartenvereine und der Nabu sind in unmittelbarer Nachbarschaft und könnten Interesse haben.

AW Kaya: Nicht nur Schulen und Kleingärten, auch der Martinshof sollte einbezogen werden, um den Prozess und die Entwicklung inklusiv zu gestalten.

Tebje: Stehen die Termine schon fest?

AW Blobel: Die Termine werden mit dem Start der DIPAS-Befragung kommuniziert.

Bohr: Der Einzelhandel soll dort wieder hin und das ist auch gut. Aber wie soll der Randbereich gestaltet werden?

AW Blobel: Das kann man im Moment noch nicht konkretisieren. Das Standardverfahren der Bauleitplanung dauert ca. eineinhalb Jahre. Es ist wichtig jetzt schnell die Rahmenplanung abzuschließen, damit es möglichst bald soweit ist.

AW Tebje: Ein Streifen von Tinyhäusern zwischen dem neuen Baugebiet und dem Kleingartengebiet würde das Quartier aufwerten.

AW Hermening: Genau so etwas kann man bei der Beteiligung einbringen.

Vieles wurde schon berichtet. Auch den Gedanken Kinder und Jugendliche unter dem Gesichtspunkt der Inklusion einzubeziehen hat die Behörde bereits auf dem Schirm.

TOP 6: Interkulturelle und interreligiöse Bildung an Allgemeinbildenden Schulen sowie politische Bildung

Renate Raschen informiert zur Rahmensetzungen in der politischen Bildung:

Konflikte die an Schulen passieren spiegeln Konflikte der Gesellschaft wieder. Schule arbeitet auf Grundlage der Landesverfassung und der Grund- und Menschenrechte. Es ist auch Erziehungsziel, gefährdender Intoleranz (bezüglich Weltanschauung, Politik, Religion) entgegenzuwirken. Mündige Bürger sollen aus der Schule gehen, die sich politisch und gesellschaftlich selbstständig beteiligen können. Dafür sollen Kenntnisse der Verfassung und des demokratischen Rechtsstaats vermittelt werden um dazu zu befähigen, sich eine eigene politische Meinung zu bilden. Das Fach Gesellschaftswissenschaften hat feste Kontingente an den verschiedenen Schulformen und in Form verschiedenster Unterrichtsfächer. Fachübergreifende Arbeit ist dabei ein wichtiger Aspekt. Für einen Fachbereich werden

Stundenkontingente festgelegt die in den Schuljahren verschoben werden können. Später werden den Schüler:innen auch entsprechende Wahlmöglichkeiten und fachliche Vertiefungsmöglichkeiten angeboten. Fächerübergreifendes Arbeiten soll gefördert werden. Schulen machen ein fachinternes Curriculum zur Festlegung der Schwerpunkte zur politischen Bildung. Die Schüler:innenvertretungen sollen gestärkt werden (siehe Broschüre „SV machen“). Die Mitsprache der Kinder zu fördern ist sehr wichtig – auch schon in der Grundschule. Deshalb gibt es Kooperationen mit dem Bremer Jugendring und dem Lidice-Haus und vielen anderen Partnern zur projektbezogenen Zusammenarbeit. Die „Handreichung Antisemitismus“ ist dafür ein gutes beispielhaftes Ergebnis.

Fragen/Diskussion:

Kornek: Gibt es Erhebungen zu Intoleranz in Hemelingen? Wie hoch sind die Kontingente? Und kommt man als Schüler:in an diesen Fächern vorbei – zum Beispiel durch Abwahl des Faches?

AW Raschen: Wenn Probleme auftauchen muss man sich damit auseinandersetzen und das passiert auch. Die Lehrkräfte werden entsprechend ausgebildet und die Schüler:innen werden in ihrem Alltag zwangsläufig damit konfrontiert. Das Stundenkontingent umfasst 18 Stunden in der Grundschule, 17 an der Oberschule und 15 am Gymnasium (für je 3 Jahre). Das ist eine üppige Ausstattung im bundesweiten Vergleich.

Kaya: Das hat er bisher im Kollegium noch nicht mitbekommen, dass dort Demokratieförderung aktiv stattfindet. Der Großteil hat eine historische Dimension. Den Rest muss sich Politik noch mit Geographie oder Ähnlichem teilen.

AW Raschen: Die Anteile in GuP (Fach Gesellschaft und Politik) sind unterschiedlich, das stimmt. Diese Diskussion muss fachlich in den Schulen erfolgen. Abgesehen davon sind die politischen Dimensionen von Inhalten auch in allen anderen Fächern zu beleuchten. Das ist eine Frage der Sensibilisierung von Lehrkräften. Ansonsten bleibt es dabei, dass die Rahmenbedingungen so sind, wie gerade vorgestellt.

Bohr: Dringt man mit der politischen Bildung zu den Schüler:innen noch durch? Junge Wähler:innen haben zuletzt stark AFD gewählt. Das sind antidemokratische Strömungen die man nicht gutheißen kann. Muss man vielleicht noch mehr machen oder einen neuen Ansatz wählen und die Mechanismen (z.B. TikTok) der AFD zu erklären und zu entlarven?

AW Raschen: Das stimmt, aber die Konflikte passieren im Schulalltag und die Lehrkräfte müssen zur Konfrontation mit Themen und Fehlverhalten ermutigt werden. Der Bezug zum Leben und das offene Ohr in der Situation sind essentiell, um die Jugendlichen zu erreichen. Die Diskussionen zu führen ist nicht einfach.

Ergänzungen durch Xenia Köstergarten:

Sie stellt sich als neue Referentin für Interkulturelle Angelegenheiten vor.

Die Beteiligung durch die Schüler:innenvertretung ist wichtig, um den Jugendlichen beispielhaft die Mechanismen der Partizipation nahe zu bringen. Sie selbst war befasst mit der Organisation der Willkommenschulen und sie hat einen entsprechenden Einblick.

Es ist formuliert, dass der Querschnittsauftrag interkulturelle und politische Bildung verankert. Konflikte sind zwangsläufig. In der Schule sind alle zusammen und mit den resultierenden Konflikten muss umgegangen werden. Ein Konflikt der zuletzt aufkam ist die Bereitstellung von Gebetsräumen. Das ist eine praktische Problemstellung die gelöst werden muss. Dafür werden Handlungshandreichungen entwickelt, um die Lehrkräfte zu befähigen damit umzugehen. Zum Beispiel Religionsunterricht zur Befähigung zum selbstverantwortlichen Umgang mit Religionen. Das ist ein Fach, es ist aber auch eine Querschnittsaufgabe. Für die Unterstützung der Lehrkräfte bei diesen Prozessen ist das LIS (Landesinstitut für Schule) zuständig. Die angebotenen Fortbildungen des LIS bilden das gesamte Spektrum gesellschaftlichen Konfliktpotentials ab.

Xenia Köstergarten stellt die Handreichung zum Thema „Fragen und Antworten zu Herausforderungen der interkulturellen Schule – Eine Handreichung für

pädagogisches Personal an Bremer Schulen zum Umgang mit weltanschaulicher und religiöser Vielfalt“ vor.

Hier kann die Broschüre eingesehen werden:

<https://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Herausforderungen%20der%20interkulturellen%20Schule.pdf>

Fragen/Diskussion:

Laß: Vielen Dank für die vielen Informationen. „Verrohung der Gesellschaft“, „Werteverlust“, „Deutsche Leitkultur“ – das sind Begriffe, die den aktuellen politischen Diskurs bewegen. Die Grundlage ist ja eigentlich klar: das ist das Grundgesetz. Ob und wann werden denn die Kinder mit dem Grundgesetz konfrontiert. Mit diesem Text können eigentlich alle Konflikte gelöst werden.

AW Raschen: Zum Jubiläum des Grundgesetzes wurde sich erneut damit befasst. In den Jahrgängen acht bis zehn wird sich konkret mit dem Grundgesetz befasst. Es gibt auch Ausgaben in leichter Sprache, die man bereits in der fünften oder sechsten Klasse nutzen kann. Bei der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es die entsprechenden Materialien. Zudem gibt es ein großes Kartenspiel zum Grundgesetz – eine Art großes Memory – das anlässlich des Jubiläums in der Sekundarstufe I verteilt wurde.

Dennhardt: Bei der Hemelinger Vielfalt hatten wir einen Stand der sich mit dem Grundgesetz befasst hat, um zu verdeutlichen, welche freiheitlich demokratische Grundordnung vorherrscht und was deren Vorzüge sind. Er selbst wurde mit der Arbeit in Schüler:innenvertretungen sozialisiert – das scheint ja ganz gut zu funktionieren. Auf welcher Grundlage wird Religion und Religionskunde eigentlich unterrichtet?

AW Raschen: Religionsunterricht ist nach wie vor nicht bekenntnisgebunden. Verschiedenste Religionsgemeinschaften wurden bei der Erstellung des Bildungsplans beteiligt.

Rednerinnenliste zu diesem Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen geschlossen

Kaya: Die Handreichung ist gut und ein Meilenstein in der interreligiösen Bildung in Bremen. Es sollten mehr Schulen eingebunden und die Wirksamkeit der Maßnahme evaluiert werden. Das Fortbildungsprogramm für Lehrer:innen ist groß. Das sind ja auch Budgetposten und Fördermittelfragen. Bremen lebt von seiner Diversität mit 40% Menschen mit Migrationshintergrund. Die Yesidische Gemeinde wurde jedoch nicht involviert – das sind immerhin 5.000 Bremer:innen. Das Memory-Spiel ist super. Lehrer:innen sollten den Beutelsbacher-Konsens (Überwältigungsverbot) berücksichtigen. Alle Schüler:innen sollen selbst zu mündigen Bürger:innen erzogen werden.

Müller: Sind Gebetsräume vorhanden oder werden sie angedacht?

AW Köstergarten: Das ist derzeit freiwillig. Wenn es freie Räumlichkeiten gibt die man zu einem Raum der Stille oder ähnlichem umgestalten kann, ist das erwünscht. Wer Beten möchte soll die Gelegenheit dazu bekommen.

Müller: Religionsunterricht und Interreligiösität sind gekoppelt. Wie werden den Schüler:innen die Fundamente einer aufgeklärten Gesellschaft mit einem säkularisierten Staat vermittelt?

AW Raschen: Alle Menschen an Schule haben ihre eigenen Bezüge (Schüler:innen, Lehrkräfte, Eltern, andere Mitarbeiter:innen). Die Säkularisierung wird ja auch im Politik und Geschichtsunterricht angesprochen.

Ataç: Eltern können ihre Kinder von dem Fach Religion abmelden. Das ist bedauerlich. Gerade hier kann Fundamentalismus entgegengewirkt werden.

AW Raschen: Wenn man sich bei Religion abmeldet ist man jedoch nicht freigestellt, sondern muss Philosophie belegen.

Tebje: Früher spielte Religionsunterricht eine sehr nachgeordnete Rolle. Wie ist das heute?

AW Raschen: Eine statistische Erhebung kann sie dazu gerade nicht liefern – der Stellenwert des Faches ist aber gestiegen.

TOP 7: Beiratsverschiedenes

Nachwahl Seniorenbeirat:

Anke Ritter ist aus dem Seniorenbeirat ausgeschieden. Von der CDU-Fraktion wird Rainer Lübke als Nachfolger vorgeschlagen.

Stellungnahme: Zustimmung (16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Bekanntgabe Umbesetzung Fachausschuss WiN:

Tom Hundack wird als Nachfolger für Rainer Conrades von der Fraktion DIE LINKE benannt.

Globalmittel:

- Hemelinger Weihnachtstage (AZ 40)
 - o Antragsteller: Stadtteilmaking Hemelingen e.V.
 - o Gesamtsumme: 3.300,- €
 - o Antragssumme: 1.800,- €
 - o Vorschlag GFA: 1.800,- €
 - ➔ Zustimmung: 16 Ablehnung: 0 Enthaltung: 0

- Neubeschaffung Material für Gruppenräume (AZ 43)
 - o Antragsteller: Förderverein Familienzentrum Mobile
 - o Gesamtsumme: 1.000,00 €
 - o Antragssumme: 1.000,00 €
 - o Vorschlag: 1.000,00 €

Nachfrage Zwilling: was sind Bewegungsgegenstände?

AW: Das sind weiche Elemente zum Bauen und Klettern ohne Verletzungsrisiko.

➔ Zustimmung: 16 Ablehnung: 0 Enthaltung: 0

Nächste Beiratssitzung:

Es gibt eine Sondersitzung zur Fortschreibung der Arbeitsmarktförderung am 19.08.2024 um 19:30 Uhr im Ortsamt Hemelingen.

Die nächste reguläre Beiratssitzung soll am 19.09.2024 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Mahndorf stattfinden, geplante Themen sind: Vorstellung des inklusiven Kunstateliers Arbergen und Ausbau der Radpremiumrouten.

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Willkomm
Protokoll